

16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9.-11. März 2001, Stuttgart, Messsegelände, Halle 4

Beschluss Bundskonversionsprogramm

Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und bündnisgrüne Regierungsmitglieder werden gebeten, sich für folgende Projekte einzusetzen

- 5 1. Ein Bundeskonversionsprogramm mit angemessener Mittelausstattung zur Unterstützung der Konversionsprojekte vor Ort,
- 10 2. Verhinderung des Ausbaus von Truppenübungs- bzw. Bombenabwurfplätzen in den Neuen Bundesländern – statt dessen Unterstützung der zivilen Umwandlung (Konversion) derartiger ehemals militärisch genutzter Liegenschaften.

15 BT-Fraktion und die Minister der GRÜNEN sollen in angemessener Form Bericht erstatten, was sie in Ausführung des gleichlautenden Beschlusses der BDK Leipzig vom 11.-13. Dezember 1998 bisher unternommen haben.

20 Die 11. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung vom 11.-13. Dezember 1998 in Leipzig hatte den Antrag aus Brandenburg 1. für ein Bundeskonversionsprogramm und 2. zur Verhinderung (u.a.) des Luft-Boden-Schießplatzes ("Bombodrom") bei Wittstock (Land Brandenburg) mit großer Mehrheit angenommen.

25 1. Bundeskonversionsprogramm
Durch die im Rahmen des Ressortkonzepts des Bundesministers der Verteidigung bevorstehenden Standortschließungen und –reduzierungen hat die Forderung nach einem Bundeskonversionsprogramm eine zusätzliche Aktualität erlangt. Dem trägt auch die Entschließung des Bundesrates vom 16. Februar 2001 (BR-Drs. 88/01) Rechnung, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Bundeskonversionsprogramm aufzulegen.

30 2. Luft-Boden-Schießplatz
Kyritz-Ruppiner Heide (bei Wittstock bzw. Neuruppin und Rheinsberg)

35 Seit mehr als acht Jahren kämpfen die Bürgerinitiative FREIE HEIDE, die Unternehmer/innen-Initiative Pro Heide, die Anrainergemeinden des von der Bundeswehr beanspruchten Geländes und der Landkreis Ostprignitz-Ruppin gegen die Umwandlung eines ehemals sowjetischen Bombenabwurfplatzes in einen deutschen Luft-Boden-Schießplatz.

40 Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Revisionsurteil vom 14. Dezember 2000 die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Frankfurt (Oder) bekräftigt, wonach die Bundeswehr in den Gemarkungsgrenzen zweier klagender Gemeinden bis auf weiteres keine militärischen Übungen abhalten darf.

45 Zurzeit versucht der Bundesminister der Verteidigung im Zusammenwirken mit der Großen Koalition in Brandenburg die Bürgerinitiative FREIE HEIDE und die mit ihr gewaltfrei Widerstand leistenden Gemeinden bzw. den Landkreis um die Früchte des spektakulären Gerichtserfolges zu bringen.

50 Das hartnäckige Festhalten des Bundesministers der Verteidigung an dem Vorhaben, einen sowjetischen Bombenabwurfplatz in einen deutschen Bombenabwurfplatz verwandeln zu wollen, erscheint angesichts fehlender militärischer Bedrohungen der Bundesrepublik Deutschland und im Lichte der angeblichen Finanznöte der Bundeswehr so bizarr und anachronistisch, dass zu befürchten ist, dem Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide komme eine besondere strategische Rolle beim Einüben interventionistischer Militäreinsätze zu.

55 Der Landesverband Brandenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bisher den Widerstand für eine FREIE HEIDE intensiv unterstützt.

60 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden jedoch unglaubwürdig erscheinen, wenn der gewaltfreie Widerstand und die Forderung nach der zivilen Nachnutzung des ehemaligen Bombenabwurfplatzes bei Wittstock, Neuruppin und Rheinsberg nicht mit gleicher Intensität von unserer Bundesministerin und unseren Bundesministern sowie der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt würden.